

AußenwirtschaftsNews – USA

09/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft wuchs im zweiten Quartal 2025 auf Jahresbasis um 3,3 Prozent und erholte sich damit vom Rückgang von 0,5 Prozent im ersten Quartal. Die Zahl wurde gegenüber der ersten Schätzung von 3,0 Prozent leicht nach oben korrigiert, hauptsächlich aufgrund von Aufwärtskorrekturen bei Unternehmensinvestitionen (+5,7 Prozent) und Verbraucherausgaben (+1,6 Prozent).
- Für den Rest des Jahres und bis weit ins Jahr 2026 erwarten Ökonomen ein mäßiges Wirtschaftswachstum in den USA, wobei die Verbraucher unter einer stetigen, zollbedingten Inflation leiden werden. Der wichtigste Wachstumsmotor der Wirtschaft, die Verbraucherausgaben, dürften im dritten und vierten Quartal um jeweils 1,1 Prozent steigen, während die Kerninflation im vierten Quartal voraussichtlich einen durchschnittlichen Höchstwert von 3,2 Prozent erreichen wird. Ökonomen erwarten, dass die Arbeitslosenquote im vierten Quartal auf 4,4 Prozent steigen und dort fast das ganze Jahr 2026 über verharren wird.
- Die Zahl der Neueinstellungen stagnierte im August erneut. Auf dem Arbeitsmarkt wurden lediglich 22.000 neue Stellen geschaffen. Die Arbeitslosenquote erreichte mit 4,3 Prozent den höchsten Stand seit Oktober 2021. Die US-Wirtschaft kühlt sich ab, da die Zölle Druck auf die Unternehmen ausüben.
- Aufgrund zollbedingter Bedenken hinsichtlich der Konjunkturaussichten und der Inflation sank die Verbraucherstimmung (University of Michigan) in den USA auf ein Dreimonatstief. Die Verbraucher erwarten im nächsten Jahr einen Preisanstieg von jährlich 4,8 Prozent und rund 63 Prozent der Verbraucher rechnen im kommenden Jahr mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Kaufbedingungen für größere Anschaffungen wie langlebige Güter und Fahrzeuge haben sich verschlechtert.
- Infolge der Arbeitsmarktzahlen erwarten Experten, dass die Federal Reserve Bank auf ihrer Sitzung Mitte September die US-Zinsen um 0,25-0,5 Prozentpunkte senken wird.
- Die Industrieproduktion in den USA ist im Juli leicht um 0,1 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken.

2 Handels- und Zollpolitik

- Am 21. August veröffentlichten die EU und die USA eine gemeinsame Erklärung zur Politischen Einigung im Zollstreit, die folgende Punkte umfasst:
 - **Allgemeiner US-Zollsatz:** Die Vereinigten Staaten wenden grundsätzlich einen Zollsatz von 15 Prozent auf EU-Waren an. Produkte, für die der US-Meistbegünstigungszollsatz (MFN) höher als 15 Prozent liegt, werden mit diesem höheren MFN-Zoll belegt.
 - **Bestimmte Ausnahmen:** Ab dem 01. September 2025 wenden die USA auf nicht verfügbare natürliche Ressourcen (z. B. Kork), alle Flugzeuge und Flugzeugteile, generische Arzneimittel sowie deren Inhaltstoffe und chemische Vorprodukte aus der EU ausschließlich den MFN-Zollsatz an, auch wenn dieser niedriger als 15 Prozent ist. Mit der [Executive Order](#) vom 05. September wird die Vereinbarung umgesetzt.
 - **US-Industriegüter:** Die EU wird konkrete Schritte unternehmen, um Zölle auf US-Industriegüter zu beseitigen sowie US-Meeresfrüchten und landwirtschaftlichen Produkten präferenziellen Marktzugang zu gewähren.
 - **EU-Autos und Autoteile:** Grundsätzlich soll ein Zollsatz von 15 Prozent auf Autos und Autoteile aus der EU gelten. Da, wo der MFN-Zollsatz höher ist als 15 Prozent, soll der MFN-Zollsatz angewandt werden. Die Regelung soll zum ersten desjenigen Monats gelten, indem die EU den Rechtsakt zur Beseitigung von EU-Zöllen auf US-Industriegüter sowie zum vereinfachten Marktzugang für US-Meeresfrüchte und landwirtschaftliche Produkte vorlegt. Diese Rechtsakte wurden nun am 28. August 2025 vorgeschlagen.
 - **EU-Arzneimittel, Halbleiter und Holz:** Der US-Zollsatz auf Waren aus der EU, der sich aktuell aus dem MFN-Zoll und sektorspezifischen Zusatzzöllen ergibt, soll 15 Prozent nicht überschreiten.
 - **Stahl- und Aluminiumzölle:** Die USA und die EU vereinbaren, Überkapazitäten im Stahl- und Aluminiumsektor anzugehen und gemeinsam an einem Zollsatz-Kontingentsystem zu arbeiten. Eine Regelung zum Zollabbau in diesem Sektor liegt folglich noch nicht vor.

Die einzelnen Regelungen müssen von den USA und der EU gesetzlich umgesetzt werden.

- Am 19. August gab das US-Handelsministerium bekannt, dass [407 Warengruppen](#) zur Liste der sogenannten derivaten Stahl- und Aluminiumprodukte hinzugefügt wurden. Infolgedessen unterliegt der Stahl- und Aluminiumanteil dieser Waren einem Zollsatz von 50 Prozent. Betroffen sind unter anderem Windturbinen, Kräne, Bagger und andere schwere Maschinen, Waggonen, Möbel, Kompressoren und Pumpen
- Die EU hat die Abschaffung von EU-Zöllen auf Industriegüter, verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewisse Meeresfrüchte aus den USA auf den Weg gebracht. Die Europäische Kommission schlug am 28. August 2025 [zwei EU-Verordnungen](#) zur Umsetzung der Zollabschaffungen vor. Damit setzt die EU eine zentrale Zusage des EU-US-Zolldeals um. Sie erfüllt hiermit die Bedingung für die rückwirkende Senkung von

US-Zöllen auf die Einfuhr europäischer Autos und Autoteile von derzeit 27,5 Prozent auf 15 Prozent zum 01. August 2025. Damit die Zollabschaffungen in Kraft treten, müssen die Verordnungsvorschläge der Kommission noch vom EU-Parlament und Rat der EU im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommen werden.

- Ein US-Berufungsgericht hat einen Teil der von US-Präsident Trump erhobenen Zölle für rechtswidrig erklärt. Betroffen sind die sogenannten reziproken Zölle, die auf Basis des Notstandsgesetzes International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) gegen eine Vielzahl von Ländern verhängt wurden. Das Berufungsgericht bestätigte damit die vorinstanzliche Entscheidung und gibt der US-Regierung bis zum 14. Oktober Zeit, um den Obersten Gerichtshof anzurufen. Bis zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bleiben die Zölle in Kraft.
- Der US-Handelsminister hat am 13. August 2025 eine Untersuchung gemäß Section 232 des Trade Expansion Act von 1962 zu importierten Windturbinen und deren Teile und Komponenten eingeleitet. Damit schafft die US-Regierung die Grundlage, um mögliche Handelsmaßnahmen zum Schutz der nationalen Sicherheit einzuführen wie bereits für Stahl- und Aluminiumwaren, Autos und Autoteile sowie bestimmte Kupferwaren. Da das Handelsministerium sie kürzlich als Stahl- und Aluminiumderivate klassifizierte, gelten für Windturbinen bereits Zusatzzölle in Höhe von 50 Prozent.
- Die US-Regierung wird auf einige Chipverkäufe von Nvidia und AMD nach China eine Gebühr von 15 Prozent erheben, um ihnen Exportlizenzen für den Verkauf in dem Land zu erteilen, bestätigte ein Beamter der Trump-Regierung. Während Exportkontrollen für sensible Produkte nichts Neues sind, ist es beispiellos, einem Unternehmen 15 Prozent seines Umsatzes für den Verkauf eines bestimmten Produkts in ein bestimmtes Land zu berechnen. Die beiden Chiphersteller hatten sich auf die Gebührenstruktur geeinigt. Der Deal bezieht sich insbesondere auf den H20-Chip von Nvidia und den MI308 von AMD, die beide für KI-Anwendungen von entscheidender Bedeutung sind.

3 Allgemeine Politik

- Seit dem 02. September 2025 müssen die meisten Antragsteller, die ein Nichteinwanderungsvisum in die USA verlängern wollen, ein persönliches Interview in einer US-Vertretung führen. Die neue Richtlinie umfasst die Nichteinwanderungsvisa mit Ausnahme von Visa für Mitarbeiter diplomatischer und internationaler Organisationen, Diplomatenvisa sowie bestimmte Reisende, die ihr Visum verlängern. Sie betrifft gängige Visumsarten wie das H-Visum (für befristete hochqualifizierte Arbeitskräfte), L-Visum (für unternehmensintern entsendete Mitarbeiter), F- und M-Visa (für Studierende und Auszubildende) und J-Visum (Austauschbesucher, einschließlich Wissenschaftler, Forscher und Au-pairs). Für die ESTA-Genehmigung ist weiterhin kein Interview erforderlich.
- Die Trump-Regierung plant eine deutliche Beschränkung der Gültigkeitsdauer von Visa für ausländische Journalisten, Studierende und Wissenschaftler. Akademikerinnen und Akademiker dürften künftig maximal für vier Jahre in die USA, Medienschaffende für



- 240 Tage einreisen. Bei der Beantragung werden die Social-Media-Aktivitäten überprüft.
- Die US-Administration setzt ihre Ankündigung, strenger gegen illegale Einwanderer vorzugehen zu wollen in die Tat um. Die US-Einwanderungsbehörde ICE kontrolliert verstärkt am Arbeitsplatz, insbesondere Unternehmen mit großen Belegschaften oder vielen ausländischen Beschäftigten. Die Kanzlei [Offit | Kurman](#) informiert, wie Unternehmen sich auf mögliche Razzien vorbereiten können.
 - Die Amerikaner zahlen mehr für die Stromversorgung und den Betrieb ihrer Klimaanlage, da die zunehmende Alterung der Geräte und die Nachfrage nach künstlicher Intelligenz das Stromnetz des Landes belasten. Die Preise sind gestiegen und werden Prognosen zufolge auch im Jahr 2026 weiter steigen. Laut Daten des Energieministeriums liegt der landesweite durchschnittliche Strompreis für Privathaushalte etwa 7 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 32 Prozent höher als vor fünf Jahren. Der Anstieg ist auf Infrastrukturprobleme, die öffentliche Politik und zunehmend auf große neue KI-Rechenzentren zurückzuführen.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482

eva.apfel@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569

christoph.kolle@vbw.com

www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.